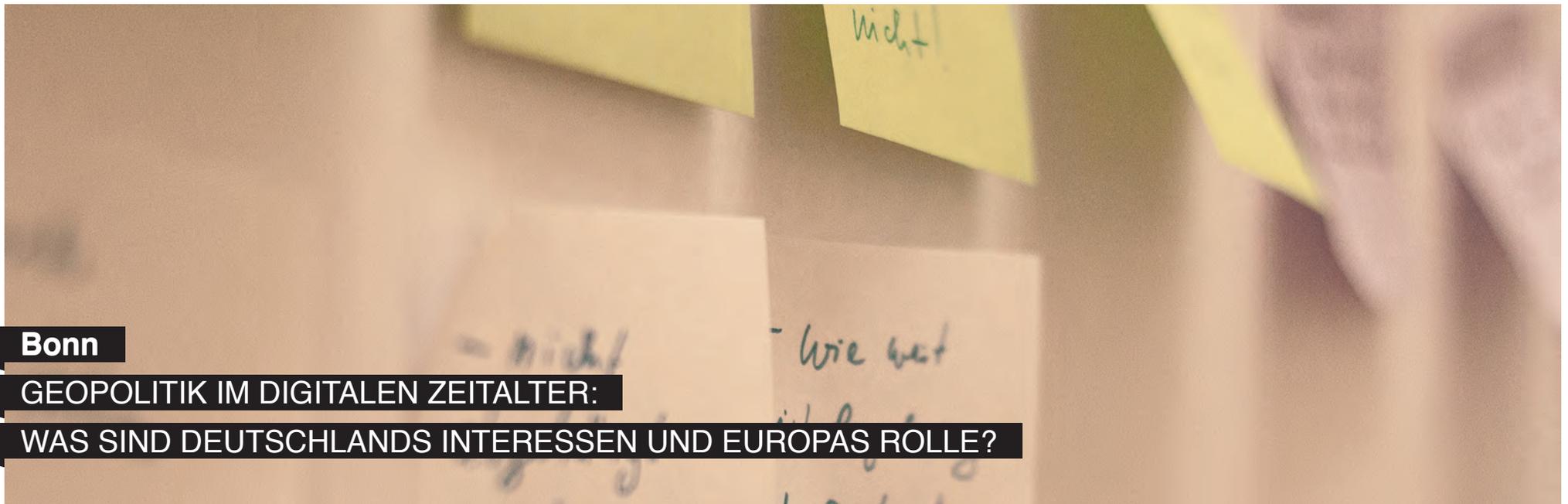


Europa

5. November 2019, Bonn | Lesezeit 12 Minuten



Bonn

GEOPOLITIK IM DIGITALEN ZEITALTER:

WAS SIND DEUTSCHLANDS INTERESSEN UND EUROPAS ROLLE?

Die Politikwerkstatt

Ein Bürgerdialog über deutsche Interessen in Europa

Inhalt:**Politikwerkstatt****„Geopolitik im digitalen Zeitalter“**

Seite 4

Persönliche Motivation

Seite 5

Arbeitsgruppe**„Sicherheit im digitalen Zeitalter“**

Seite 6

Arbeitsgruppe „Wettbewerbsfähigkeit im digitalen Zeitalter“

Seite 8

Handlungsempfehlungen

Seite 10

Schlussbetrachtungen

Seite 12

Die meisten Menschen beschäftigen sich nicht täglich mit Außenpolitik. Doch wer tiefer blickt, stellt fest, wie sehr die privaten und beruflichen Interessen jedes und jeder Einzelnen von der Gestaltung unserer auswärtigen Beziehungen abhängig sind. Die Auseinandersetzung mit zentralen internationalen Fragen sollte deshalb nicht allein Sache von Politikerinnen und Politikern und Fachleuten sein. Nur durch eine breite gesellschaftliche Diskussion, die über die politischen Eliten hinausgeht, kann Außenpolitik demokratischen Rückhalt finden. Die Alfred Herrhausen Gesellschaft und die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik wollen mit der Reihe Politikwerkstatt deshalb bisher ungehörte Stimmen einfangen und ihnen innerhalb der oftmals als verschlossen wahrgenommenen Entscheidungskreise der Hauptstadt Gehör verschaffen.

Im Mittelpunkt steht dabei die simple Frage: Was wollen wir in der Welt? Bei der Beantwortung dieser Frage wird der Begriff des Interesses in Deutschland oft vermieden. Dabei hat jede Gesellschaft, jeder Staat Interessen. Diese bezeichnen nicht nur Bedürfnisse wie Sicherheit und Wohlstand, sondern auch das Einstehen für zentrale Werte und die Zusammenarbeit mit anderen Staaten. Wenn ein Staat seine Interessen nicht benennt, dann wissen auch seine Partner nicht, woran sie sind. So ist weniger das Formulieren von Interessen in der internationalen Politik ein Problem, als die Art ihrer Um- bzw. Durchsetzung. Hierüber muss im konkreten Fall die gewählte Regierung eines Landes entscheiden. Zur grundsätzlichen Verständigung über gemeinsame Interessen hingegen können und sollen in einer Demokratie auch die Bürgerinnen und Bürger beitragen. Hierfür haben wir das Format Politikwerkstatt entwickelt.

Ein Bürgerdialog über deutsche Interessen in Europa

Die Geopolitik im Sinne der Machtpolitik großer Staaten erlebt seit gut zehn Jahren eine Renaissance, nicht zuletzt durch den Aufstieg Chinas und das Wiedererstarken Russlands. Die Digitalisierung scheint hierzu in einem Widerspruch zu stehen: Während es sich bei der Geopolitik um die räumliche Ausdehnung staatlicher Macht handelt, entgrenzt das Digitale staatliche Räume und begünstigt nichtstaatliche Akteure unterschiedlichster Couleur. Zunehmend spielt sich geopolitische Machtkonkurrenz zwischen Staaten jedoch insbesondere auch im digitalen Raum ab: Manche der aufstrebenden Mächte schotten sich technisch oder durch Zensur von der (virtuellen) Außenwelt ab, bzw. schüren soziale Spaltungen in Drittstaaten.

Hinzu kommt, dass wer über wirtschaftliche Macht verfügt, auch technologische Standards setzen und digitale Technologien hinsichtlich ihrer sicherheitsrelevanten oder gesellschaftlichen Aspekte prägen kann. Derzeit geben vor allem die USA und China den Ton an, aber auch Russland spielt eine wichtige Rolle. Damit Deutschland und Europa die Welt des 21. Jahrhunderts mitgestalten und ihre offenen Gesellschaften erhalten können, müssen sie ihre Interessen in wirtschaftlichen, gesellschaftspolitischen und sicherheitspolitischen Belangen für den digitalen Raum klar definieren. Das offene Gespräch mit Bürgerinnen und Bürgern über solche zentralen Herausforderungen ist ein wichtiges Element dieser Debatte.



Politikwerkstatt „Geopolitik im digitalen Zeitalter“

Die vierte Politikwerkstatt am 5. November in Bonn widmete sich deswegen dem Themenkomplex „Geopolitik im digitalen Zeitalter“, mit besonderem Blick auf die Aspekte Sicherheit und Wirtschaft. Rund 25 Teilnehmende setzten sich mit der Frage nach Deutschlands Interessen und der Rolle Europas auseinander. Die Gäste wurden über die Netzwerke der beiden Organisationen und mit Unterstützung des Partners vor Ort, des Center for Advanced Security, Strategic and Integration Studies (CASSIS) der Universität Bonn eingeladen. Die Diskussion stand unter der Prämisse, dass der Kern unseres Interesses die Bewahrung offener Gesellschaften in Deutschland und Europa ist.

Es wurde in moderierten Kleingruppen gearbeitet. Nach einer Einführung im Plenum bildeten die Teilnehmenden Arbeitsgruppen zu den folgenden Fragen:

- *Wie können wir unsere Sicherheit im digitalen Zeitalter gewährleisten?*
- *Wie bleiben wir wirtschaftlich wettbewerbsfähig im digitalen Zeitalter?*

In Kleingruppen erläuterten die Teilnehmenden zunächst, warum das jeweilige Thema für sie persönlich wichtig sei. Anschließend definierten sie die aus ihrer Sicht relevanten Aspekte und ordneten diese den drei Kategorien Werte, Regeln und Infrastruktur zu. Abschließend formulierten sie einzelne Handlungsempfehlungen für die Politik und präsentierten diese im Plenum. Gemeinsam diskutierten sie die Ergebnisse hinsichtlich der grundlegenden Frage, wie diese zum Bewahren der europäischen offenen Gesellschaften im digitalen Zeitalter beitragen können.

Persönliche Motivation

Sorge um privates und öffentliches Leben

Bei der individuellen Motivation, über sicherheitsrelevante Aspekte der digitalen Geopolitik zu diskutieren, spielten persönliche Sorgen und Wünsche wie eine lebenswerte Zukunft für eigene Kinder und Enkelkinder ebenso eine Rolle wie der eher allgemeine Wunsch nach Reflexion und Standortbestimmung. Dabei lagen den Teilnehmenden die Sicherheitsinteressen Deutschlands und der EU besonders am Herzen. Während eine Teilnehmerin vor allem ihre Sorge vor Manipulation, Überwachung und Kontrolle äußerte, beklagten andere einen naiven Umgang mit digitaler Sicherheit und die hierdurch entstandene neue Verwundbarkeit. Im Laufe der Diskussion wurden klassische politische Dilemmata benannt, wie die Abwägung von Freiheit gegen Sicherheit im Zuge des digitalen Wandels.

Wunsch nach tieferem Verständnis der Zusammenhänge

Einerseits thematisierten die Teilnehmenden, die sich für die Arbeitsgruppe zur wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit entschieden hatten, die hohe gesellschaftliche und politische Bedeutung des Themas („es ist in aller Munde“), andererseits zeigte sich aufgrund der Komplexität der Thematik auch eine gewisse Orientierungslosigkeit. Dementsprechend wurde mehrfach der Wunsch nach Einordnung der zum Teil sperrigen und wenig nahbaren Zusammenhänge und der technischen und politischen Möglichkeiten („Ist eine Regulierung des Internets überhaupt möglich?“) geäußert.

Arbeitsgruppe „Sicherheit im digitalen Zeitalter“

Frieden und Freiheit

Frieden und Freiheit waren die zentralen Werte, die die Gruppe durch die Frage nach unserer Sicherheit im digitalen Zeitalter berührt sah. Während für einige der Begriff Sicherheit vor allem im Sinne der Gewährleistung von Frieden positiv konnotiert war, sahen andere den Sicherheitsdiskurs als tendenziell abgrenzend gegenüber anderen Nationen an. Für sie standen Abrüstung – auch und gerade in Bezug auf digitale Technologien wie autonome Waffen – und ein Interessenausgleich, der auch die Sicherheitsinteressen anderer berücksichtigt, im Vordergrund.

Als besonders wichtig in Bezug auf den Wert der Freiheit wurden die Privatsphäre und die Kontrolle des Individuums über die eigenen Daten angesehen. Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung müsse angesichts der fortschreitenden Digitalisierung besondere Beachtung finden. Dies sei ebenso wie Meinungsfreiheit und der freie Zugang zu Informationen essenziell für eine demokratische Gesellschaft. Gleichberechtigung, Transparenz und Vertrauen im Internet und im Umgang mit Daten seien nicht weniger als bei der analogen Kommunikation von zentraler Bedeutung. Hierbei steht nicht nur die Politik, sondern auch das Individuum in der Verantwortung.

Wunsch nach Regulierung auf internationaler Ebene

Mit Blick auf mögliche Regeln forderten viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer Regulierung auf internationaler Ebene. Angesichts der weltumspannenden Qualität des digitalen Wandels wünschten sie sich entweder völkerrechtliche oder zumindest europarechtliche Regelungen. Einige erwähnten die EU-Regulierung zum Schutz persönlicher Daten (Datenschutzgrundverordnung, DSGVO) als positives Beispiel. Andere wiederum fragten, ob der Schutz von Daten durch Gesetze überhaupt funktioniere, wenn diese – anders als bei den Auseinandersetzungen um staatliche „Sammelwut“ in den 1980er Jahren – in der Regel freiwillig mit Firmen geteilt würden.

Können geltende Regeln der analogen in die digitale Welt übertragen werden? Ein Teilnehmer wies darauf hin, dass im entgrenzten digitalen Raum das geltende Recht oft nur eingeschränkt wirksam sei. Ein anderer fragte nach Möglichkeiten für Sanktionen bei Regelverstößen, denn ohne solche seien auch bestehende Gesetze wertlos.



Digitale Aufklärung und Medienethik

Während die einen neue Abrüstungsverträge – zum Beispiel durch eine „KSZE“ für die digitale Welt – wünschten, wollten andere neben Gesetzen und Regelungen eher auf Bildung, Aufklärung und Medienethik setzen. Gerade in der älteren Generation war die Sorge um eine Verrohung der Sprache in der digitalen Welt präsent. Eine Teilnehmerin wünschte sich daher neben Aufklärungsmaßnahmen auch die stärkere Einschränkung bzw. Überwachung von Kommentarfunktionen im Internet.

Infrastruktur erweitern

Es wurde auch über die Infrastruktur des Internets diskutiert. Die Teilnehmenden machten klar, dass sie vor allem von der EU erwarten, Grundregeln für ein „europäisches Internet“ festzulegen. Hier könnte auch die europäische Datenplattform („cloud“) Gaia-X, die kürzlich in Berlin vorgestellt wurde, eine wichtige Rolle spielen.

Die Rolle der Bundesregierung

Einige Teilnehmende stellten in Frage, ob die gegenwärtige „Bundes-Cybersicherheits-Struktur“ für die bevorstehenden Aufgaben überhaupt geeignet sei. Dabei wiesen sie gleich auf zwei besondere Herausforderungen hin: Wenn die Kontrolle von Onlinekommunikation nicht privat (also beispielsweise durch eine Plattform wie Facebook selbst), sondern staatlich organisiert sei, dann brauche es hierfür neues Personal. Außerdem müsse, wie bereits erwähnt, die Rechtsprechung im Cyberbereich vorangebracht werden, da viele bestehende Gesetze hier nicht anwendbar seien.

Die Rolle von Unternehmen

Die Arbeitsgruppe zur Sicherheit erörterte zudem ökonomische Perspektiven, wie zum Beispiel die doppelte Bedeutung von Unternehmen: Auf der einen Seite sei privatwirtschaftliche Initiative essenziell, um Cybersicherheit zu erhöhen. Auf der anderen Seite seien viele Firmen viel zu nachlässig im Umgang mit IT-Sicherheit und stellten angesichts möglicher Hackerangriffe auch eine Gefährdung für die Gesellschaft dar.



Arbeitsgruppe „Wettbewerbsfähigkeit im digitalen Zeitalter“

Wunsch nach klaren Haltungen

Die Diskussion zur Wettbewerbsfähigkeit im digitalen Zeitalter konzentrierte sich auf Werte, die künftig Orientierung geben könnten. In der gegenwärtigen Debatte sei es oft nicht nachvollziehbar, wofür Deutschland stehe.

Während Künstliche Intelligenz und Automatisierung einerseits das Potenzial für mehr Freiheit und Selbstbestimmung böten, verstärkten sie andererseits auch das Risiko von Überforderung und Selbstausschöpfung. Um diesen Risiken zu begegnen, brauche es ein neues Verständnis von Arbeit, das auch den Wert „Gesundheit“ und das Verhältnis von „Mensch und Arbeit“ im digitalen Zeitalter kläre.

Die Bedeutung von Bildung

Auch hier zeigte die Diskussion des Wertes Freiheit, dass angesichts der Digitalisierung individuelle Kompetenzen wie Resilienz, freie Meinungsbildung und die Fähigkeit zur Kooperation stärker ausgebildet und gefördert werden sollten. Dies könnte beispielsweise bereits in der frühkindlichen Erziehung und im Schulsystem geschehen, aber auch in betrieblicher Bildung. Einige Teilnehmende waren allerdings skeptisch, ob dies ausreiche, um

Bürgerinnen und Bürger vor potenzieller Manipulation durch digitale (Kommunikations-) Plattformen zu schützen. Sie plädierten ebenfalls für eine striktere Regulierung in Europa.

Experimentierräume schaffen

Ein Weg, um der allgemeinen Orientierungslosigkeit in Sachen Digitalisierung zu begegnen, wurde von manchen Teilnehmenden darin gesehen, dem Prinzip des Experimentierens mehr Raum zu geben und es auch in politischen Entscheidungsprozessen anzuwenden. So wurde vorgeschlagen, Gesetze, deren Wirkkraft und Folge in Zeiten hoher Kontingenz und Geschwindigkeit von Entwicklungszyklen kaum absehbar sind, „auf Probe“ zu erlassen. Nach Ablauf eines festgesetzten Datums seien eine effektive Bewertung sowie eine mögliche Änderung des Gesetzes leichter möglich, als dies heute der Fall sei. Während einige Teilnehmende hierin eine vielversprechende Anpassung politischen Handelns an die Dynamik der digitalen Gesellschaft und damit das Potenzial sahen, wieder mehr Vertrauen qua Transparenz und Glaubwürdigkeit zu etablieren, sahen andere darin eine Manifestation der Gefahr einer weiteren, tiefgreifenden Verunsicherung der Bevölkerung.



Insgesamt schrieb die Gruppe dem Aus- und Aufbau wissenschaftlicher und gesellschaftlicher Räume eine hohe Bedeutung zu. So sollten Deutschland und Europa deutlich mehr in Forschung und Bildung investieren, um die Grundlage für Teilhabe und Entwicklung zu schaffen. Mit oder ohne Gesetze auf Probe sollten auf jeden Fall gesellschaftliche „Experimentierräume“ geschaffen werden, die die Menschen zur Mitgestaltung politisch-gesellschaftlicher Themen befähigen und ihnen in der digitalen Gesellschaft mehr Orientierung und Sicherheit ermöglichen.

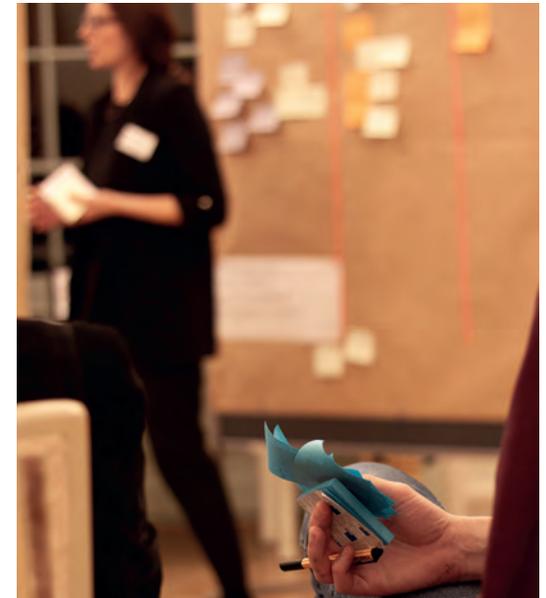
EU als Regulierer

Mit Blick auf das Thema Regeln kristallisierte sich das Prinzip der Datensicherheit als ein

wesentliches Element für die Regulierung des digitalen Raumes heraus. Als Adressat für eine wirkungsvolle Regulierung nannten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer eindeutig die Europäische Union und formulierten den Wunsch nach gesamteuropäischer Regulierung.

Investitionen in Infrastruktur

Die Teilnehmenden waren sich einig, dass es deutlich mehr Investitionen in den Ausbau der technologischen Infrastruktur (Datennetze etc.) bedürfe, da nur eine gute und funktionierende Infrastruktur die Teilnahme jedes Einzelnen am digitalen Leben ermögliche. Für Unternehmen bilde die technische Infrastruktur die Grundlage, um in der Digitalisierung international Schritt halten zu können.



Handlungsempfehlungen

Aufgrund der vielfachen Überschneidungen zwischen den Handlungsempfehlungen der Arbeitsgruppen Sicherheit und Wirtschaft werden die Handlungsempfehlungen im Folgenden gemeinsam zusammengefasst:

- Das Individuum steht gewissermaßen selbst in der Verantwortung, wenn es um die sichere Nutzung digitaler Medien und Produkte geht. Hier können einerseits mehr Aufklärung, andererseits die stärkere Sanktionierung von unsicherer Datenhandhabung durch den Gesetzgeber helfen
- Auf gesellschaftlicher Ebene und im politischen Raum sollte die Gestaltung des digitalen Wandels größeren Raum einnehmen. Öffentliche Diskussionen zum Thema digitale Sicherheit und zum sicheren Umgang mit Daten könnten helfen, Sicherheit für alle herzustellen.
- Mit Blick auf die Politik wird eine Anpassung von Entscheidungsverfahren gewünscht, die dem hohen Maß an Unsicherheit und Unberechenbarkeit des digitalen Zeitalters gerecht wird. Auf Basis des Subsidiaritätsprinzips könnten „Gesetze auf Probe“ erlassen und in der Umsetzung engmaschig überwacht werden, um maximale Lerneffekte zu erzielen. Auf diese Weise werden gesellschaftlich-politische „Experimentierräume“ geschaffen, die schnellere Anpassungsleistungen und eine steilere Lernkurve sicherstellen.
- Die für Bildung zuständigen Ministerien auf Bundes- und Länderebene sowie speziell Ausbildungseinrichtungen für Lehrerinnen und Lehrer sollten entsprechende Bildungs- und Aufklärungsprogramme anbieten.
- Auch um die Cybersicherheit des Bundes zu gewährleisten, brauche es gut ausgebildetes Personal. Hierfür sollten die sogenannten MINT-Fächer und vor allem die Informatik gefördert werden.
- Medienkompetenz sollte ein Unterrichtsfach an Schulen werden.
- Speziell die Bundesregierung, unterstützt von den zuständigen nachgeordneten Behörden, aber auch von großen Telekommunikationsunternehmen, sollte geeignete Maßnahmen ergreifen, um die Sicherheit der Infrastruktur sowie den Schutz der Privatsphäre zu gewährleisten. Die Regierungen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) sollten ihre Bemühungen um eine europäische Friedensordnung auf rechtlicher Grundlage um die digitale Perspektive ergänzen. Hier gehe es zum Beispiel um ein Verbot von autonomen Waffensystemen.



- In diesem Sinne sollte die EU der Impulsgeber für neue Abrüstungsinitiativen sein – und hierbei von Deutschland unterstützt werden. Eine institutionalisierte Vertrauensbildung ist eine wichtige Grundlage für Sicherheit. EU-Akteure beginnen gerade erst zu verstehen, dass Geopolitik zum maßgeblichen Handlungsmuster der internationalen Beziehungen geworden ist. Um globale Ordnungspolitik in Feldern wie KI und Quantentechnologie zu betreiben, muss die Bundesregierung die europäische Ebene stärken. Hier sind mehr öffentliche Diskussionen wie die während der Politikwerkstatt eine wichtige Begleitmaßnahme.
- Deutschland und die EU sollten auch in der digitalen Welt für eine regelbasierte, marktwirtschaftliche Ordnung eintreten. Hierzu braucht es klare und wertbasierte Rahmen als Leitplanken für die Definition von Wettbewerbsgrundsätzen, Datenschutzrichtlinien, etc. Das Festhalten an einer regelbasierten Ordnung bildet die Grundlage für eine selbstbewusste Positionierung in der digitalen Welt.



Schluss- betrachtungen

Während die Teilnehmenden einerseits engagiert und interessiert das Zusammenspiel von Geopolitik und Digitalisierung bis hin zu konkreten außenpolitischen Vorschlägen an Bundesregierung, EU und OSZE ergründeten, warf die Diskussion andererseits immer wieder Aspekte der inneren Verfasstheit der deutschen bzw. der europäischen Gesellschaft auf. Das zeigt, wie sehr die Lösung der geopolitischen Fragen von einer klareren gesellschaftlichen Orientierung hinsichtlich der Digitalisierung abhängt.

Diese Orientierung betrifft nicht nur die ‚harten‘ Fragen von Infrastruktur und Investitionen, sondern auch die gesellschaftlichen Grundwerte und deren Verhältnis zueinander. Ein wichtiges Beispiel hierfür war das in beiden Arbeitsgruppen angesprochene Spannungsverhältnis zwischen Freiheit und Sicherheit, das offenbar im digitalen Zeitalter neu verhandelt werden muss. Zu dieser Neuverhandlung wiederum haben die Arbeitsgruppen ihren Beitrag geleistet, indem sie in gewissen Bereichen (wie etwa Datensicherheit oder Waffen)

für mehr Regulierung, andererseits aber auch für die Befähigung zur Selbstbestimmung und somit auch zur Selbstverantwortung durch Bildung plädiert haben.

In der Schlussdiskussion der Veranstaltung behandelte das Plenum die Frage, wie wir unsere europäischen offenen Gesellschaften im digitalen Umfeld bewahren können. Im digitalen Zeitalter verändert sich der Rahmen, in dem Öffentlichkeit entsteht – welche wiederum eine der Grundlagen für eine offene Gesellschaft und eine gelebte Demokratie darstellt. Während im Nachkriegsdeutschland die leitenden Werte der Freiheit, der Vielfalt und der Objektivität dem Medienrecht zu Grunde gelegt wurden, wird die nationalstaatliche Regulierung von neuen, digitalen Kommunikationsinfrastrukturen ausgehebelt.

Wie kritisch die Gestalt der digitalen Öffentlichkeit für den geopolitischen Systemerfolg ist, lässt sich wiederum daran ablesen, dass sowohl China als auch neuerdings Russland – mit jeweils unterschiedlichen Zielvorstellun-

gen – mit hohem Aufwand daran arbeiten, eigene Infrastrukturen aufzubauen, um Normen, Werte und Regeln besser durchsetzen zu können. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen machten deutlich, dass die Bonner Bürgerinnen und Bürger keinesfalls einen Freiheitsverlust zugunsten einer übergreifenden staatlichen Kontrolle im Kauf nehmen wollen. Der für sinnvoll erachtete Aufbau europäischer Infrastrukturen muss vielmehr im Einklang mit den gesellschaftlichen Werten stehen.

Die Ergebnisse der Politikwerkstatt zeigen deutlich, wie eng die deutschen Interessen beim Thema Geopolitik im digitalen Zeitalter mit den Interessen der

anderen Mitgliedstaaten und der EU als Ganzem verbunden sind. Außerdem ermöglichte das strukturierte Gespräch in Kleingruppen den Bonner Teilnehmenden, sich intensiv mit den persönlichen und politischen Ansichten der jeweils anderen auseinanderzusetzen. Insgesamt ließen sich die Teilnehmenden sehr gut auf das interaktive Format ein. In engagierten Diskussionen tauschten sie Ideen und Argumente aus und versuchten, die Zielkonflikte der handelnden Politik nachzuempfinden. Dabei erwies es sich als besonders fruchtbar, dass die Gruppe aus unterschiedlichen Generationen und fachlich-beruflichen Hintergründen zusammengesetzt war.



Die Reihe Politikwerkstatt ist eine Kooperation der Alfred Herrhausen Gesellschaft und der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik.

Verantwortlich:

Dr. Claudia K. Huber

Alfred Herrhausen Gesellschaft

Dr. Cornelius Adebahr

Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik

Gestaltung:

Gipfelgold Werbeagentur GmbH

www.alfred-herrhausen-gesellschaft.de
www.dgap.org

Folgen Sie uns auf:

AHG    DGAP   